
Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	17
1 Wirtschaft ist politisch: normative Grundlagen zentraler Wirtschaftstheorien	22
1.1 Entwicklungslinien der wirtschaftswissenschaftlichen Schulbildung	25
1.2 Normative Bezüge der klassischen Wirtschaftsschulen	34
1.3 Neoklassik: Normative Grundlagen und Kritikpunkte.....	37
1.4 Keynesianismus: Normative Grundlagen und Kritikpunkte.....	39
1.5 Fazit	45
Literatur	47
2 Preisbildung und Märkte: Die Macht der Big Tech-Konzerne	50
2.1 Grundsätzliche Annahmen der Mikroökonomie und ihre Probleme	50
2.2 Determinanten der Nachfrage von privaten Haushalten	53
2.3 Determinanten des Angebots von Unternehmen	57
2.4 Zusammenführung von Angebot und Nachfrage durch den Preismechanismus auf Märkten	62
2.5 Kritik am Modell des Marktmechanismus	65
2.6 Abweichungen von einer Marktstruktur mit perfekter Konkurrenz.....	68
2.7 Wirtschaftspolitik durch direkte staatliche Markteingriffe.....	71
2.8 Oligopole in der IT-Ökonomie.....	73
2.9 Bekämpfung von Oligopolen und Kartellen durch die Wettbewerbspolitik	77
2.10 Fazit	81
Literatur	83
3 Wachstumsfetisch? Wirtschaftskreislauf und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	86
3.1 Die Funktionsweise des Wirtschaftskreislaufes	86
3.2 Messgrößen: Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen und Volkseinkommen	89
3.3 Nachteile des Bruttoinlandsprodukts als Wohlstandsindikator	94

3.4	Degrowth oder brauchen wir Wirtschaftswachstum überhaupt?	97
3.5	Fazit	101
	Literatur	103
4	Ökonomie und Umwelt: Internalisierung externer Effekte oder sozial-ökologische Transformation	105
4.1	Grundlagen: Externe Effekte, öffentliche Güter, Marktversagen und die Tragik der Allmende	105
4.2	Maßnahmen zur Internalisierung externer Umwelteffekte	109
4.3	Der Markt für CO ₂ -Emissionsrechte in der Europäischen Union	111
4.4	Sozial-ökologische Transformation als Alternative	114
4.5	Fazit	116
	Literatur	117
5	Konjunktur und Wirtschaftskrisen: Von Rezessionen und Depressionen	119
5.1	Wirtschaftskrisen als gesellschaftliche Katastrophe	119
5.2	Was heißt Konjunktur und wie wird sie gemessen?	120
5.3	Phasen des Konjunkturzyklus und schwerwiegende Wirtschaftskrisen	122
5.4	Erklärungen für die Schwankungen der Wirtschaft	124
5.5	Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung und ihre Effekte	128
5.6	Lange Wellen in der Wirtschaft	131
5.7	Aktuelle Wirtschaftskrisen: Subprime und Corona	132
5.8	Fazit	138
	Literatur	139
6	Arbeit und Arbeitslosigkeit: Zur Rolle von Gewerkschaften und Mindestlöhnen	141
6.1	Die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit und Arbeitslosigkeit	141
6.2	Verschiedene Definitionen und Arten von Arbeitslosigkeit	146
6.3	Instrumente zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit	150
6.4	Mindestlöhne und ihre Wirkungen	152
6.5	Das deutsche Modell industrieller Beziehungen	153
6.6	Fazit	158
	Literatur	159
7	Staat und Staatshaushalt: Von Steuern und Schulden	162
7.1	Die Aufgaben des Staatssektors aus finanzwissenschaftlicher Perspektive ...	162

7.2	Die historische Entwicklung der Staatsquote	165
7.3	Steuerarten und ihre Verteilungsfolgen.....	168
7.4	Staatsverschuldung: Pro und Contra.....	173
7.5	Staatschuldenkrisen im internationalen und historischen Vergleich	178
7.6	Handlungsoptionen in Staatsschuldenkrisen.....	181
7.7	Fazit	187
	Literatur	188
8	Arm und Reich: Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen	192
8.1	Grundlagen: Einkommen und Vermögen, Primär- und Sekundärverteilung ...	192
8.2	Die Entwicklung von Lohn- und Gewinnquote in Deutschland	195
8.3	Der Gini-Koeffizient und seine Probleme.....	198
8.4	Determinanten der gestiegenen Ungleichheit.....	202
8.5	Folgen der gestiegenen Ungleichheit und Optionen zur Umverteilung.....	203
8.6	Fazit	208
	Literatur	209
9	Armut und Reichtum der Nationen: Niedrigeinkommens- und Schwellenländer	211
9.1	Ländergruppen nach Einkommensniveau.....	211
9.2	Entwicklungstheorien im Wandel der Zeit	213
9.3	Das Problem der Rohstoffabhängigkeit.....	217
9.4	Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit.....	222
9.5	Fazit	224
	Literatur	225
10	Deflation und Inflation: Von Weimar bis nach Venezuela	228
10.1	Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Preisniveaus und seine Messung	228
10.2	Inflation und Deflation: Definition und historische Entwicklung.....	232
10.3	Risiken von Inflation und Deflation	235
10.4	Ursachen von starker Inflation	239
10.5	Maßnahmen zur Inflations- und Deflationsbekämpfung.....	244
10.6	Fazit	246
	Literatur	247
11	Geld und Geldpolitik: Vom Goldstandard zur Quantitativen Lockerung.....	250
11.1	Die Funktionen des Geldes.....	250

11.2 Geldformen im historischen Wandel	252
11.3 Die Schaffung von Geld für den Wirtschaftskreislauf	259
11.4 Instrumente der Geldpolitik	262
11.5 Unterschiedliche Perspektiven auf Geldschöpfung	267
11.6 Quantitative Lockerung: Definition und Auswirkungen	269
11.7 Die Unabhängigkeit von Zentralbanken	274
11.8 Fazit	275
Literatur	276
12 Kapitalmärkte und Finanzsysteme: Sind Märkte effizient?	279
12.1 Funktionen der Finanzmärkte	279
12.2 Finanzmarktprodukte, Börsensegmente und Investoren	281
12.3 Akteure auf Finanzmärkten: Homo oeconomicus oder irrationaler Überschwang?	289
12.4 Grenzüberschreitende Finanzkrisen und ihr Verlauf: das Beispiel der globalen Finanzkrise	291
12.5 Fazit	293
Literatur	294
13 Internationaler Handel: Zwischen Globalisierung und Protektionismus	297
13.1 Warum internationaler Handel?	297
13.2 Pro und Contra Protektionismus	299
13.3 Internationale Handelsinstitutionen	303
13.4 Die Zahlungsbilanz und ihre Komponenten	307
13.5 Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte und ihre Probleme	309
13.6 Fazit	311
Literatur	312
14 Währungen und Wechselkurse: Von Bretton Woods bis zur Eurokrise	314
14.1 Wirkungen von Währungsaufwertungen und Abwertungen	314
14.2 Ansätze zur Erklärung von Wechselkursschwankungen	318
14.3 Alternativen zu flexiblen Wechselkursen und deren Vor- und Nachteile	320
14.4 Währungsunionen und ihre Krisen	326
14.5 Fazit	328
Literatur	329

15 Multinationale Unternehmen und Wertschöpfungsketten:

Globalisierung der Produktion	330
15.1 Warum gibt es multinationale Unternehmen?	331
15.2 Die Herausbildung globaler Wertschöpfungsketten und ihre Effekte	336
15.3 Internationale Regulierung von Investitionen	338
15.4 Geopolitische Spannungen und wirtschaftliche Entkopplung	341
15.5 Fazit	342
Literatur	343
Stichwortverzeichnis	345

Exkursverzeichnis

Exkurs 1.1 Die Historische Schule der Nationalökonomie und der Methodenstreit ...	30
Exkurs 1.2 John Maynard Keynes: Der Begründer der Makroökonomie.....	41
Exkurs 2.1 Bitburger, Krombacher, Veltins & Co: Das Bierkartell in Deutschland	79
Exkurs 3.1 Ist grünes Wachstum möglich? Das Beispiel Dänemarks.....	99
Exkurs 4.1 Elinor Ostrom und die Governance der Gemeinschaftsgüter	107
Exkurs 5.1 Die Weltwirtschaftskrise von 1929–1939.....	134
Exkurs 6.1 Sorgearbeit: Essentiell, meistens unbezahlt und häufig ausbeuterisch ...	142
Exkurs 7.1 Wenn Staaten pleitegehen: Argentinien wiederholte Zahlungsunfähigkeit.....	183
Exkurs 8.1 Was tun gegen die Ungleichheit? Die Debatte um eine Vermögenssteuer	205
Exkurs 9.1 Friedrich List und nachholende Entwicklung	214
Exkurs 9.2 Wege aus dem Ressourcenfluch: Das Beispiel Botswanas	220
Exkurs 10.1 Hyperinflation in Deutschland: Die Weimarer Republik und die Folgen ...	239
Exkurs 11.1 Bitcoin, Blockchain & Co: Wie funktionieren Kryptowährungen?.....	256
Exkurs 12.1 Private Equity – ein umstrittenes Geschäftsmodell	286
Exkurs 13.1 Die Welthandelsorganisation: Funktion, Kritik und Stillstand	304
Exkurs 14.1 Das Bretton-Woods-System, 1944–1973	321
Exkurs 15.1 Globale Mindeststeuer für multinationale Unternehmen.....	334

1 **Wirtschaft ist politisch: normative Grundlagen zentraler Wirtschaftstheorien**

Ökonomie ist eine Sozialwissenschaft. Die Wahl von Themen, Fragestellungen und theoretischen Konzepten hat daher immer einen implizit normativen, also wertenden Hintergrund. Wissenschaftler bewegen sich, wie alle Menschen, in bestehenden kulturellen Traditionen und sinnstiftenden Narrativen. Sie sind also nicht nur geprägt von Interessen, sondern auch von Weltbildern und Wertvorstellungen, die häufig bereits in der Kindheit übernommen werden und sich im Laufe des Heranwachsens verfestigen. Diese werden zu einer „zweiten Natur“, wie der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel formuliert (Hegel 1986 [1807]).

Wissenschaftliche Theorien sind Weltbilder, mit denen vereinzelte empirische Beobachtungen in einen systematischen Zusammenhang gebracht und aus denen verallgemeinernde Erklärungen abgeleitet werden können. Diese Theorien werden in der Ökonomie häufig in Form eines abstrakten Modells formuliert und stellen somit stark reduzierte Abbildungen der sozialen Wirklichkeit dar. Sie dienen der Ordnung einer hochkomplexen Welt mit unzähligen potenziellen Wirkungsfaktoren und weisen auf als relevant empfundene Zusammenhänge hin. Theorien sind somit „Brillen“, durch die wir die Welt „besser“ verstehen können. Sie helfen uns, das für die Erkenntnis gewisser Zusammenhänge Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden. Der Wissenschaftsphilosoph Karl Popper schreibt dazu, jegliche wissenschaftliche Erkenntnis sei „theoriegetränkt“ (Popper 1984: 44).

Dies gilt auch für die Naturwissenschaften, für die Sozialwissenschaften aber im besonderen Maße. Der Gegenstandsbereich sozialwissenschaftlicher Forschung – die soziale Wirklichkeit – wandelt sich stetig. Zum Beispiel unterschied sich die Funktion von Arbeitsmärkten in der von Gewerkschaften und großen Industriekonglomeraten geprägten Zeit nach dem Ersten Weltkrieg fundamental von jener in der Zeit des englischen Frühkapitalismus im 18. Jahrhundert. Daher konnten Theorien, die in einer „anderen Welt“ entstanden waren, die empirische Realität der Zwischenkriegsjahre nicht mehr erklären und ihre Politikempfehlungen trugen sogar zur Verstärkung der Wirtschaftskrisen jener Zeit bei (s. Exkurs 5.1).

Gleiches gilt für den sozialen und kulturellen Kontext in anderen Weltregionen, deren wirtschaftliche Institutionen sich teilweise stark von den Gegebenheiten in Nordamerika und Westeuropa unterscheiden. Theorien, die beispielsweise die Zusammenhänge auf US-amerikanischen Arbeitsmärkten relativ gut erklären können, scheitern häufig an der Wirklichkeit von Ländern wie Indien oder Brasilien, wo weite Teile der Arbeitsmärkte informell in Form einer Schattenwirtschaft organisiert sind. Deshalb gibt es in der Ökonomie kaum empirische Gesetzmäßigkeiten, die unabhängig von Zeit und Raum gültig sind (Grimm/Kapeller 2016; Skidelsky 2020a: 77) – im Gegensatz etwa zu Teilen der Physik.

Darüber hinaus unterscheidet sich ökonomische Theoriebildung ganz entscheidend von der naturwissenschaftlichen dadurch, dass sie eine performative Wirkung entfalten kann: Ökonomische und politische Akteure, die eigentlich der Gegenstand sozialwissenschaftlicher Erkenntnis sind, richten ihr Handeln an den Erklärungsangeboten wissenschaftlicher Weltbilder aus und verändern somit die soziale Welt in einer Weise, wie sie der jeweiligen Theorie entspricht. Der Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes schreibt hierzu treffend, dass ökonomische Ideen (bzw. Theorien) die Welt fundamental prägten, obgleich die meisten Menschen sich dessen gar nicht bewusst seien: „Die Welt wird in der Tat durch nicht viel anderes regiert. Praktiker, die sich ganz frei von allen intellektuellen Einflüssen wähnen, sind zumeist Sklaven irgendeines längst verstorbenen Ökonomen“ (Keynes 2017 [1936]: 316).

Die Forderung von Werturteilsfreiheit bzw. Wertneutralität, also vollkommener Unabhängigkeit von Theorien und Werturteilen, ist daher eine Fiktion. Wir sollten daher die den Theorien innewohnenden Werturteile und Interessen transparent machen. Bereits der Soziologe Max Weber (1981 [1904]) kritisierte die intransparente Vermischung von wissenschaftlicher Erkenntnis und politischen Präferenzen. Weil ökonomische Erklärungen in öffentlichen Diskussionen jedoch so stark nachgefragt werden und sie in der Politikberatung eine herausgehobene Stellung einnehmen, ist es wichtig, sich ihrer theoretischen Hintergründe und der darin enthaltenen (impliziten) normativen Grundannahmen bewusst zu sein.

Wir sollten immer dann skeptisch sein, wenn in den Medien einfach behauptet wird: „Die Wirtschaft braucht...“. Dementsprechend wird aus guten Gründen zur richtigen Einordnung von wirtschaftspolitischen Positionen besser darauf verwiesen, dass ein Wirtschaftsforschungsinstitut „arbeitgebernah“ oder „gewerkschaftsnah“ sei, eine Wissenschaftlerin „neoklassisch“ oder „keynesianisch“. Die Vielfalt an wissenschaftlichen Positionen kann zwar verwirrend wirken, spiegelt aber die Forderung der Wissenschaftstheorie nach Methoden- und Theorienpluralismus wider (Feyerabend 1981).

Fortschritt – und damit einhergehend gesellschaftspolitische Problemlösungskapazität – ist auf eine große Auswahl an alternativen Perspektiven ange-

wiesen, die gegeneinander getestet werden können und sich idealerweise wechselseitig befruchten. Nicht umsonst wird deshalb kulturelle und soziale Vielfalt in Unternehmen und Organisationen mittlerweile vielfach als wichtige Ressource anerkannt. Das gilt gerade in universitären Kontexten: „... the function of higher education is to open minds, not to close them“, so Susan Strange (1988: 10).

Dennoch kennzeichnet gerade die Ökonomie – allen voran die deutsche Wirtschaftswissenschaft – seit längerem eine starke Perspektivverengung auf eine neoklassische Theorietradition und ihre Präferenz für einen formal-mathematischen Zugang (Bäuerle et al. 2020; Kapeller et al. 2022). Dies schlägt sich auch in einer einseitigen Politikberatung nieder, was sich drastisch im Vorfeld der globalen Finanzkrise von 2008 oder während der Eurokrise offenbart hat. Gleiches gilt für die wirtschaftsjournalistische Ausbildung in Deutschland, die von ausgeprägter Gleichförmigkeit gekennzeichnet ist (Sagvosdkin 2021).

Denn, wie Theorien den Blick auf die Welt verschärfen können, können sie ihn auch verstellen. So war die Antwort renommierter britischer Wirtschaftsfachleute auf die Frage von Königin Elizabeth II „Why did nobody see it coming?“ (Warum hat das niemand kommen sehen?) im Rahmen eines Besuchs der London School of Economics kurz nach Ausbruch der globalen Finanzkrise: „[D]as Unvermögen, die [...] Krise vorherzusehen [...], ist im Kern dem Unvermögen der kollektiven Vorstellungskraft vieler schlauer Leute im In- und Ausland geschuldet“ (British Academy Forum 2009: 3, eigene Übersetzung). Die verwendeten finanzwissenschaftlichen Modelle konnten zwar kurzfristige Risiken gut erkennen, die strukturellen Ursachen der Krise jedoch nicht vorhersagen (s. Abschnitt 5.4).

Ähnlich fatale Folgen hatte eine Verengung auf veraltete bzw. fehlerhafte Inflations- und Wachstumstheorien sowie die Vernachlässigung der Erkenntnisse der Vergleichenden Kapitalismusforschung während der Eurokrise (Brunnermeier et al. 2016; Nölke 2016). So wurde die Krise insbesondere für die südeuropäischen Länder unnötig in die Länge gezogen und drastisch verschärft, weil die finanz- und wirtschaftspolitischen Akteure der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu spät und nicht entschieden genug gegen die sich abzeichnende Krise vorgingen (s. Abschnitt 14.4).

Diese fundamentalen Wirtschaftskrisen lösten vielfältige wirtschaftswissenschaftliche Kontroversen über die Grundlagen des Fachs und die richtigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit aus (Blanchard et al. 2012; van Treeck/Urban 2017; Peukert 2019, 2020; Skidelsky 2020a; Deaton 2022; McCloskey 2022; Blanchard/Rodrik 2023). Insbesondere die Studierenden treiben seit Beginn des 21. Jahrhunderts die Forderung nach einer Reform des Fachs voran, in Deutschland im „Netzwerk Plurale Ökonomik“ und international in der „Rethinking Economics“-Bewegung. Dieser lebhaften Diskussion folgend und der Maßgabe des Theorienpluralismus

entsprechend, wird in diesem Buch eine Vorgehensweise verfolgt, die die Perspektiven unterschiedlicher Theorien und ihrer normativen Bezüge zu den einzelnen wirtschaftlichen Themen darstellt.

Da der Platz für die Darstellung begrenzt ist, beschränken wir uns zumeist auf zwei alternative Perspektiven, die wir vereinfacht als „Neoklassik“ und „Keynesianismus“ bezeichnen. Dabei folgen wir einer wissenschaftlich gängigen Unterscheidung, die sich auch prominent in den schulischen Lehrplänen wiederfindet (Hein 2023: 20; KCGO Hessen 2022: 41f.) – aber bei der Auswahl der Alternative zur Neoklassik auch unseren normativen Grundannahmen. Während wir hier eine zugängliche Darstellung gewählt haben, weisen wir ergänzend auf anspruchsvollere Publikationen mit ähnlicher Vorgehensweise hin, die zusätzlich marxistische Perspektiven systematisch behandeln (Jäger/Springler 2012; Bontrup/Marquardt 2021) oder gar ein breites Spektrum an unterschiedlichen pluralen Perspektiven ideengeschichtlich darstellen (Harvey 2020; Bieling et al. 2021; Peukert 2023).

Im Interesse einer einfachen und kompakten Darstellung verzichten wir auch auf eine systematische Differenzierung zwischen der Neoklassik und modernen, darauf aufbauenden Positionen (Neoklassische Synthese, Neukeynesianismus) sowie zwischen Keynesianismus und Post-Keynesianismus, greifen diese Unterscheidung jedoch vereinzelt dort auf, wo sie uns essenziell scheint. Gleiches gilt für weitere ökonomische Schulen, die in einer pluralen Perspektive relevant sind, aber von uns nur in kurzen Bezügen geschildert werden können (feministische Ökonomie, Institutionenökonomie, Historische Schule, Marxismus, Modern Monetary Theory, Ordoliberalismus, Österreichische Schule, Postkolonialismus, Postwachstumsökonomik), sowie die aus anderen Sozialwissenschaften – Politische Ökonomie, Wirtschaftssoziologie, Wirtschaftsgeographie, Wirtschaftsgeschichte – stammenden Beiträgen zur Analyse der Wirtschaft (zum Beispiel Regulationstheorie, Vergleichende Kapitalismusforschung, Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie), mit denen wir uns in einem separaten Lehrbuch vertieft beschäftigen (May et al. 2023).

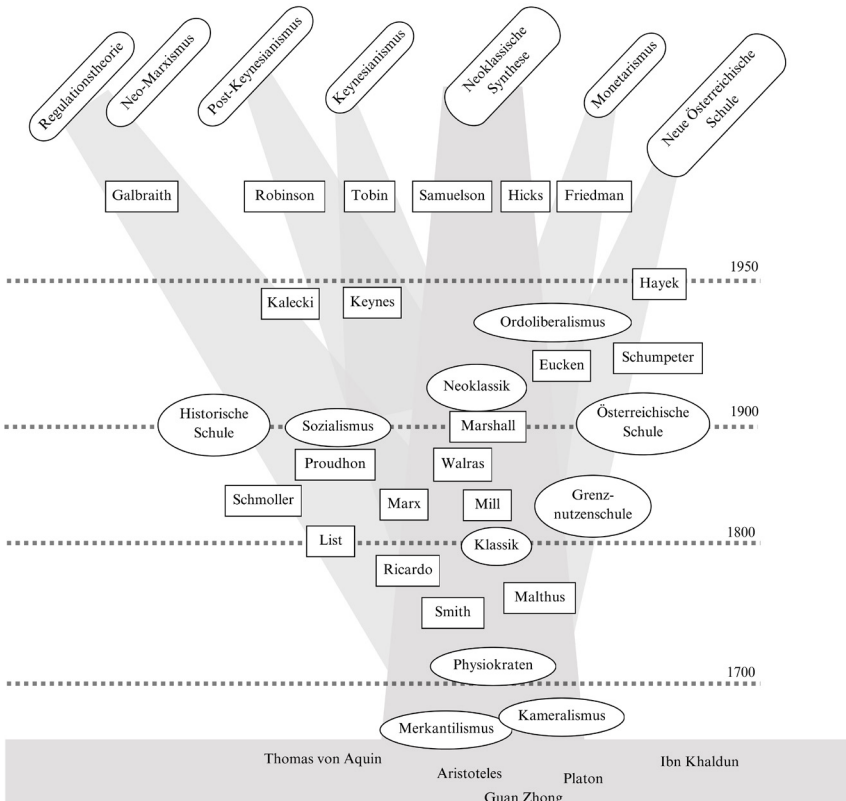
In diesem ersten Kapitel werden die normativen Grundannahmen von Neoklassik und Keynesianismus sowie die jeweils daran geäußerte Kritik dargestellt, nachdem wir zunächst einen kurzen Blick auf die Ausdifferenzierung der wirtschaftswissenschaftlichen Theorieschulen geworfen haben.

1.1 Entwicklungslinien der wirtschaftswissenschaftlichen Schulbildung

In den letzten fünf Jahrhunderten hat sich eine Vielzahl wirtschaftlicher Schulen herausgebildet. Die Literatur zur ökonomischen Dogmengeschichte – einschließ-

lich der Prägung dieser Dogmen durch ihren räumlichen und zeitlichen Kontext – ist inzwischen sehr umfangreich und kann an dieser Stelle nicht umfassend gewürdigt werden. Trotzdem ist ein grober Überblick notwendig, um einzelne theoretische und normative Argumente verorten zu können. Das gilt insbesondere für die Neoklassik und den Keynesianismus, die in den nachfolgenden Kapiteln als grundlegende alternative Theorieperspektiven skizziert werden. Diese Alternativen bauen ihrerseits auf Grundlagen auf, die in der Klassik bzw. in vorklassischen Wirtschaftsschulen gelegt wurden. Darüber hinaus haben die Neoklassik sowie der Keynesianismus ihrerseits modernere Schulen der Ökonomie befruchtet, die nachfolgend zur Orientierung in aktuellen Diskussionen kurz benannt, aber in den weiterführenden Kapiteln nicht vertieft werden. Abbildung 1.1 zeigt einen Überblick über die historische Entwicklung wichtiger Wirtschaftsschulen.

Abbildung 1.1 Historische Entwicklung der ökonomischen Schulen



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Schmid/Buhr (2015: 107)

Erste Überlegungen zur Gestaltung der Wirtschaft finden sich bereits in den antiken Kulturen, etwa in den Lehren des chinesischen Politikers und Philosophen Guan Zhong im 7. Jahrhundert vor Christus oder bei den griechischen Philosophen Platon und Aristoteles im 4. Jahrhundert vor Christus (Kurz 2013: 11–17). Diesen Autoren ist gemein, dass sie wirtschaftliche und politische Fragen stark normativ behandelten; ihre zentrale Frage war daher, wie eine gute oder gerechte Ordnung auszusehen habe. So entwirft Platon (427–347 v.Chr.) in seinen Werken *Politeia* (Der Staat) und *Nomoi* (Gesetze) ein ideales Staatswesen, in dem vorzugsweise Gemeineigentum bestehen solle und alle Menschen gemäß ihren natürlichen Anlagen und Fähigkeiten einen Platz in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung erhalten sollten. Wenn Privateigentum in einem Staat bzw. vereinzelt Schichten einer Gemeinschaft existieren sollte, wäre es die Aufgabe von Steuern, für Vermögensumverteilung zu sorgen, um zu große Ungleichheit und dadurch entstehende Machtkonzentration in den Händen einer ökonomischen Elite zu verhindern. Der Staat, geführt von Philosophenkönigen, solle dafür Sorge tragen, dass sich alle Bürger gemäß strikter Regeln verhielten und zur Verwirklichung des wahren Guten beitrügen.

Aristoteles (384–322 v.Chr.), der Schüler Platons war, analysiert in seinem Werk *Politiká* (Politik) vergleichend sechs Grundtypen von Staatsformen und unterscheidet dabei gute, die dem Allgemeinwohl dienten, und entartete, die lediglich dem Wohl der Herrschenden und dem Eigennutz nützten. Im Gegensatz zu seinem Lehrer Platon befürwortet Aristoteles Privateigentum, weil die Menschen mit ihrem eigenen Hab und Gut sorgfältiger umgingen als mit gemeinschaftlichem. Reichtum und Ungleichheit sei also gerechtfertigt, aber nur in Maßen und dem sozialen Status der Gemeinschaft entsprechend. Gleichheit sei unter Gleichrangigen prinzipiell anzustreben. Aristoteles' Beschäftigung mit wirtschaftlichen Fragestellungen drehte sich aber vor allem um die Organisation und Führung einer selbstgenügsamen Hauswirtschaft. Daraus leitet sich auch der heutige Begriff „Ökonomie“ ab: *Oikos* bedeutet im Altgriechischen Haushalt, Familie oder Eigentum. Die *Oikonomia* bezeichnete also die Haushaltswirtschaft (*nomos* = Gesetz).

Die Ökonomik, die Kunst der Hausverwaltung, dient also der grundlegenden Bedürfnisbefriedigung der griechischen Familie. Sie folgt dem Prinzip der Bedarfsdeckung und ist nach Aristoteles die natürliche Form der Erwerbskunst, mit dem Ziel einer stabilen und gerechten politischen Ordnung. Im Gegensatz zur Ökonomik strebt die Chrematistik (*chrema* bedeutet im Altgriechischen Geld) nach Kapitalakkumulation, also dem Anhäufen von Geldmitteln. Dies wird von Aristoteles als unnatürliche Form der Erwerbskunst bezeichnet, da sie nicht der Bedürfnisbefriedigung, sondern dem Selbstzweck diene. Die Unterscheidung zwischen Ökonomik und Chrematistik wird aktuell beispielsweise in der Diskussion um nachhaltige Arten des Wirtschaftens wieder aufgegriffen (Felber 2018).

Die sehr stark normativ geprägten Ideen der Antike und die Verurteilung von Kreditwesen, Zins und Wucher dominierten später auch die Scholastik, die christlich geprägte Philosophie des Mittelalters, zum Beispiel bei Augustinus von Hippo (354–430) und Thomas von Aquin (1225–1274). Davon abgrenzen lässt sich die stärker empirische Analyse des Aufstiegs und Niedergangs von Zivilisationen durch den arabischen Gelehrten Ibn Khaldun (1332–1406), der soziale Konflikte und Formen gesellschaftlicher Solidarität als Ursachen hervorhebt. Lange vor Adam Smith, der generell als Begründer der Ökonomie angesehen wird, diskutierte Ibn Khaldun bereits die Rolle des Staates in der Wirtschaft und sah sie in der Einhaltung von Gesetzen und der Überwachung des Münzwesens (Hesse 2018: 17).

In Europa entwickelte sich eine systematischere Beschäftigung mit wirtschaftlichen Fragen erst in der Neuzeit (16.–18. Jahrhundert), als sich im Zuge des Absolutismus moderne Nationalstaaten herausbildeten. Damit trat erstmalig eine genuin nationalstaatliche Ökonomie in den Mittelpunkt der Gedanken zur Organisation der Wirtschaft. Die Denkschule jener Zeit wird gemeinhin als Merkantilismus bezeichnet, abgeleitet vom französischen *mercantile* für kaufmännisch. In Deutschland ist dagegen auch der Begriff des Kameralismus gebräuchlich, was sich auf die hohen Beamten des sogenannten Kammerkollegiums der deutschen Fürsten bezieht, die mit der finanzpolitischen Verwaltung der fürstlichen Schatzkammer betraut waren.

Der Merkantilismus zeichnet sich durch eine staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik zur Mehrung des staatlichen (bzw. des fürstlichen oder königlichen) Wohlstands aus, beispielsweise, um eine möglichst große Armee und einen wachsenden Verwaltungsapparat zu unterhalten oder koloniale Expeditionen und Eroberungen zu finanzieren. Um die wachsenden Staatsausgaben durch Steuereinnahmen decken zu können, förderten die absolutistischen Herrscher Europas gezielt einheimische Händler und Gewerbetreibende, die sie vor ausländischer Konkurrenz durch Zölle schützten und durch ihre Kolonien mit günstigen Rohstoffen versorgten.

Merkantilismus:

staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik, insbesondere während der Zeit des Absolutismus (16. bis 18. Jahrhundert), die heimische Industrien gezielt fördert und Exportüberschüsse anstrebt.



Der Förderung des Exports heimischer Industriegüter wurde eine besondere Bedeutung beigemessen, da man davon ausging, dass eine positive Außenhandels-

bilanz (der Wert der Ausfuhren übersteigt den der Einfuhren) den Wohlstand im Inland mehren würde (s. Abschnitt 13.4). Der Außenhandel wurde somit prinzipiell begrüßt, aber wesentlich als Nullsummenspiel betrachtet, bei dem einzelne Staaten auf Kosten anderer Gewinne einfahren und ihre Macht ausbauen.

Der Kameralismus in Deutschland ist darüber hinaus mit der Förderung von Landwirtschaft und Bevölkerungswachstum nach den Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges verbunden. Bedeutende Denker dieser Schule waren zum Beispiel Antonio Serra (ca. 1568–ca. 1620) in Italien, Johann Heinrich Gottlob Justi (1717–1771) in Deutschland oder James Denham Steuart (1712–1780) in England. Vor allem wird die merkantilistische Wirtschaftspolitik aber mit Jean-Baptiste Colbert (1619–1683) assoziiert, dem Finanzminister des „Sonnenkönigs“ Ludwig XIV., dessen Haushalt er umfassend sanierte. Merkantilistische Ideen werden auch heutzutage immer wieder diskutiert, häufig im Kontext extremer außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte und einer starken Ausrichtung auf den Export (Nölke 2021) – aber auch zur Charakterisierung der Außenwirtschaftspolitik der USA während der zweiten Trump-Administration.

Die heute als klassische Ökonomie (oder einfach: Klassik) bezeichnete Denkschule bildete sich im 18. Jahrhundert zunächst in Opposition zu dem seinerzeit dominanten Merkantilismus heraus. Staatliche Eingriffe in die Ökonomie wurden aus der Perspektive von Autoren wie Adam Smith (1723–1790), David Ricardo (1772–1823), Jean-Baptiste Say (1767–1832) und John Stuart Mill (1806–1873) häufig als problematisch angesehen. Sie beharren vielmehr grundsätzlich darauf, die Wirtschaft als eigenständiges, sich selbst regulierendes System anzusehen, unabhängig vom Staat.

Klassik:

ökonomische Denkschule der Begründer der Ökonomie als eigenständiger Wissenschaftsdisziplin (18. bis 19. Jahrhundert), die die Freiheit des Individuums von staatlichen Eingriffen in den Mittelpunkt stellt



Aus der Sicht der klassischen Autoren kommt dabei eine zentrale Rolle der Arbeitsteilung zu, die sich in der frühkapitalistischen Zeit herausbildete. Diese entwickelte sich einerseits zwischen spezialisierten Produzenten im Inland – im Gegensatz zur Subsistenzwirtschaft, bei der alle im Haushalt benötigten Produkte selbst hergestellt werden – und andererseits international, wobei aus dieser Perspektive der grenzüberschreitende Handel zum Wohlstand der beteiligten Nationen beiträgt. Die Klassik betrachtet internationalen Handel im markanten Kontrast zum

Merkantilismus nicht als Nullsummenspiel, sondern als Positivsummenspiel (eine Win-win-Situation für alle Beteiligten).

Die kritische Auseinandersetzung mit den Klassikern, insbesondere Adam Smith und David Ricardo, spielt im 19. Jahrhundert auch eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Wirtschaftsanalyse von Karl Marx (1818–1883), obwohl diese auf ganz anderen Grundkonzepten aufbaut. Im Vordergrund stehen nun – ausgehend von der von ihm beobachteten Verelendung der Arbeiterklasse – die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln, der Klassenkampf und die Wirtschaftsformationen des Kapitalismus als Übergangsform zwischen Feudalismus und Sozialismus. Zentral ist das Konzept des Kapitals. Wirtschaft wird durch die Akkumulation von Kapital, nicht als Handelsgewinn durch Arbeitsteilung verstanden, mit erheblichen normativen Implikationen (s. Abschnitt 1.2). Die auf Marx aufbauenden Arbeiten entwickelten sich in der Folge zumeist völlig unabhängig von anderen Wirtschaftsschulen. In jüngerer Zeit wird das Marx'sche Werk wieder vermehrt diskutiert, beispielsweise im Kontext der Degrowth-Debatte (s. Abschnitt 3.4), jener zu Einkommens- und Vermögensungleichheit (s. Kapitel 8) sowie zu globaler Ungleichheit (s. Kapitel 9).

Im deutschsprachigen Raum setzte sich die sogenannte Historische Schule der Nationalökonomie um Gustav Schmoller (1838–1917) ebenfalls kritisch mit den britischen Klassikern auseinander. Im Gegensatz zum Marxismus verfolgte sie aber eine reformatorische Stoßrichtung und stellte die Grundprinzipien des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht in Frage. Ihr ging es vor allem um die nachholende Entwicklung Deutschlands gegenüber der überlegenen englischen Volkswirtschaft, aber auch um die Linderung der Sozialen Frage der Arbeiterklasse, etwa durch Sozialversicherungssysteme (s. Exkurs 1.1).

Exkurs 1.1 Die Historische Schule der Nationalökonomie und der Methodenstreit

Die Historische Schule der Nationalökonomie stellt neben dem Marxismus einen der wesentlichen deutschen Beiträge zur ökonomischen Ideengeschichte dar. Obwohl diese Denktradition in den Wirtschaftswissenschaften seit dem Zweiten Weltkrieg weitgehend vernachlässigt und, wenn überhaupt, negativ rezipiert wurde, erlebte sie in anderen Bereichen der Sozialwissenschaften eine Renaissance (May et al. 2023).

Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Historische Schule stilprägend für die sich herausbildenden Sozialwissenschaften in Deutschland. Darüber hinaus übte sie direkten Einfluss auf die Entwicklung der Schule des Institutionalismus in den USA aus. Ihren Arbeiten gemein war zum einen eine vehemente Kritik an der vor allem in Großbritannien dominanten klassischen Lehre freier, sich selbst regulierender Märkte. Zum anderen nutzten sie

eine stark an der Geschichtswissenschaft orientierte wissenschaftliche Methode, die ihre Hypothesen und Erkenntnisse induktiv aus der Empirie entwickelte, also vom Einzelnen zum Allgemeinen hinführend. Hierbei spielten der historisch angeleitete Vergleich von Wirtschaftsordnungen und die sich herausbildende Statistik eine besondere Rolle (Schmoller 1900). Damit positionierte sich die Historische Schule im berühmten gewordenen „Methodenstreit“ klar gegen die österreichische Grenznutzenschule um Carl Menger, die ausgehend vom individuellen Nutzenprinzip deduktiv – also vom Allgemeinen zum Einzelnen – Schlüsse auf spezifische Sachverhalte abzuleiten versuchte (Menger 1969 [1883]).

Der von den Vertretern der Historischen Schule verfolgte integrative sozialwissenschaftliche Ansatz stellte nicht nur vielfältige Bezüge zur Geschichtswissenschaft, sondern auch zur Psychologie, Ethik, Staats- (heute: Politik-) und Kulturwissenschaft her. Die jüngere Historische Schule um Schmoller und Wagner zeichnete sich darüber hinaus dadurch aus, dass ihre Forschungen an den konkreten gesellschaftlichen Problemen ihrer Zeit ausgerichtet waren, insbesondere an der „Sozialen Frage“ der unteren Gesellschaftsschichten. Schmoller und andere waren der Überzeugung, dass sozialer Fortschritt und eine gerechtere Verteilung durch sozialpolitische Reformen eines starken Staates möglich seien – auch ohne sozialistische Revolution. Zu diesem Zweck gründeten sie auch den „Verein für Socialpolitik“, die bis heute wichtigste ökonomische Vereinigung im deutschsprachigen Raum.

Im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhundert wurde die klassische Nationalökonomie erheblich weiterentwickelt. Die sogenannte Neoklassik, zu der – neben Menger – u. a. Alfred Marshall (1842–1924), William Stanley Jevons (1835–1882) und Léon Walras (1834–1910) gezählt werden, präziserte nicht nur viele Aussagen der Klassik, sondern fügte ihr auch mit dem Marginalprinzip eine wichtige Komponente hinzu. Hier wurde die Vorstellung der Klassiker, die Preise hauptsächlich durch Produktionskosten erklärten, durch variable Grenzkosten ergänzt (s. Kapitel 2).

Ein weiteres wichtiges Element der Neoklassik war das Denken in Gleichgewichten, insbesondere von Angebot und Nachfrage, die durch den Marktmechanismus hergestellt würden und damit die Preise von Konsumgütern und Produktionsfaktoren bestimmten. Dieses Gleichgewicht werde nur kurzfristig durch Marktunvollkommenheiten gestört, nach deren Beseitigung (laut Walras) die Märkte wieder zu einem Gleichgewicht zurückfänden.

Grundlegend infrage gestellt wurde dieses vergleichsweise harmonische Verständnis der Funktionsweise von Märkten dann im frühen 20. Jahrhundert von John Maynard Keynes (1883–1946). Keynes wies darauf hin, dass viele Märkte